

Peter Zellmann / Sonja Mayrhofer
IFT Institut für Freizeit- und Tourismusforschung

Was die Jugend interessiert: Studiengebühren, Wehrpflicht und Pensionsproblematik

- Jugendliche blicken der Zukunft einerseits mit großer Zuversicht entgegen, andererseits haben sie keine großen Hoffnungen auf staatliche Pensionen.
- Reformbedarf in Bezug auf staatliche Pensionen ist für $\frac{3}{4}$ der jungen Menschen überfällig
- Ob Beibehaltung der Wehrpflicht, freiwilliger Wehrdienst oder Sozialjahr: Die überwältigende Mehrheit der ÖsterreicherInnen, aber auch der Jugend ist für einen Dienst an der Allgemeinheit.
- Eine deutliche Mehrheit der ÖsterreicherInnen (77%) ist für die Wiedereinführung von Studiengebühren.
- Auch die 15- bis 29-Jährigen sind mehrheitlich für Studiengebühren.

Die Unterscheidung von Konsens und Kompromiss könnte zum vermittelnden Lösungsansatz zwischen Grundlagenforschung und einer Reformpolitik werden (siehe dazu den Anhang zum Forschungstelegramm).

Institutsleiter Prof. Peter Zellmann:

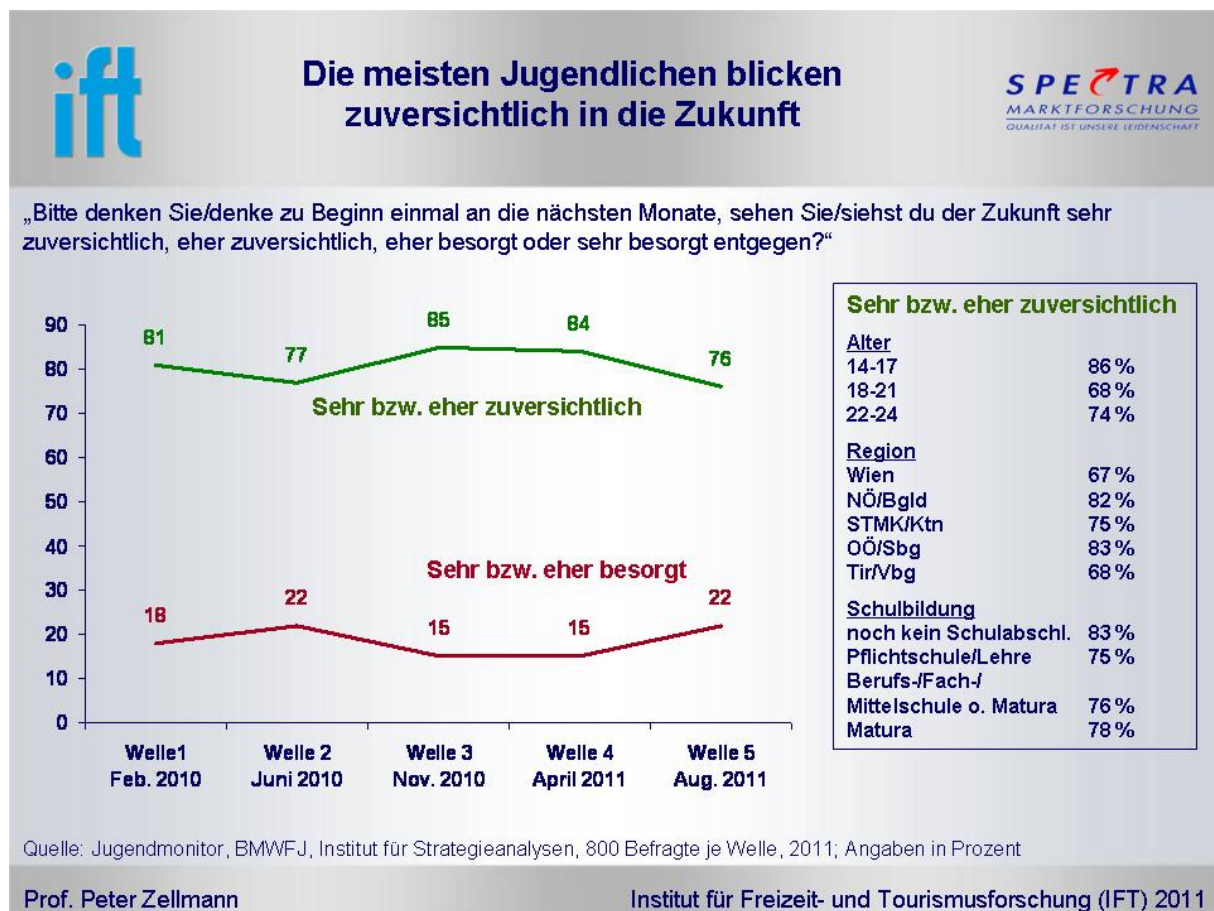
„Die Frage stellt sich, ob den jungen Menschen die mögliche Diskrepanz zwischen Zukunftsoptimismus und Finanzierbarkeit des eigenen Lebens jenseits der Berufstätigkeit in dieser Konsequenz bewusst ist. Die eigentlichen Überraschungen der Ergebnisse sind aber einerseits die überwältigende Zustimmung zum „Allgemeindienst“, die der Diskussion um die Gestaltung dieses Dienstes an der Allgemeinheit eine neue, qualitative Dimension verleihen sollte und andererseits, dass man bei einer deutlichen Verbesserung der Studienbedingungen und entsprechender sozialer Abfederung, bei der UNI - Finanzierung auch auf Verständnis und Unterstützung der direkt Betroffenen zählen kann.“

In diesem Forschungstelegramm werden Umfrageergebnisse zu den Themen „Studiengebühren, Wehrpflicht und Pensionsproblematik“ vorgestellt. Spectra (Linz) hat im Dezember 2011 nach unserer Fragenmethodik eine Telefonerhebung zur Einstellung der Bevölkerung zur Wiedereinführung von Studiengebühren und zu möglichen Änderungen in der Wehrpflicht durchgeführt.

1. Trotz Bedenken in Bezug auf staatliche Pensionen blicken die Jugendlichen mehrheitlich sehr zuversichtlich in die Zukunft

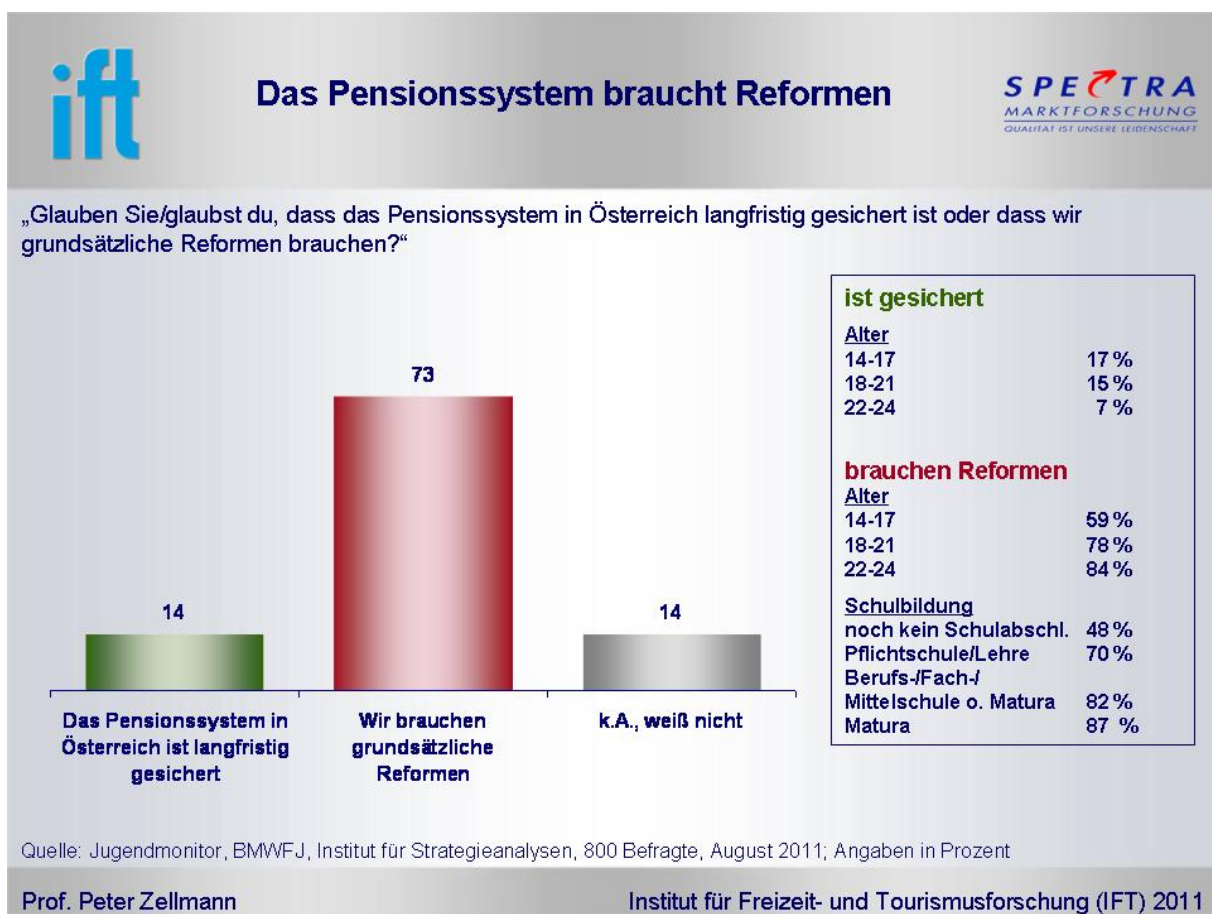
Alles in allem blickt die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen zuversichtlich in die Zukunft (Jugendmonitor 2011, BMWFJ):

- **76 %** der Jugendlichen sehen der näheren Zukunft **sehr bzw. eher zuversichtlich** entgegen.
- **22 %** blicken **sehr bzw. eher besorgt** in die nähere Zukunft.
- Überraschend sind die **regionalen Unterschiede**, denn die geringere Zuversichtlichkeit ist keine Großstadtfrage: Sowohl in Wien als auch in Vorarlberg und Tirol sind die Jugendlichen weniger zuversichtlich als in den anderen Bundesländern.
- Der **Bildungsstand** ist für den Zukunftsoptimismus deutlich **weniger ausschlaggebend**.



Was die Pensionen angeht, besteht für die Jugendlichen allerdings großer Reformbedarf (Jugendmonitor 2011, BMWFJ):

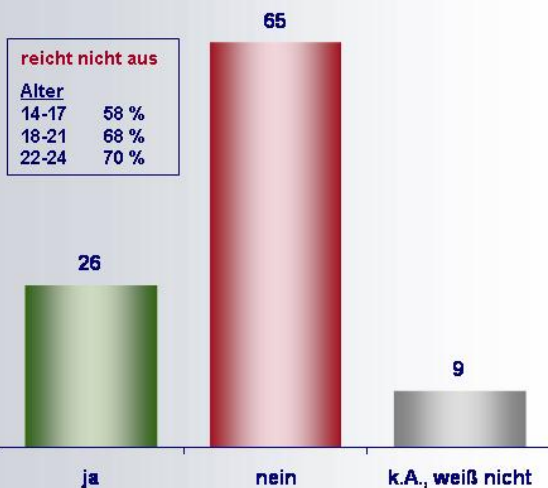
- **73 %** der Jugendlichen sind der Meinung, dass das österreichische Pensionssystem **grundsätzlich reformiert** werden muss.
- Nur **14 %** denken, dass das Pensionssystem in Österreich **langfristig gesichert** ist.
- Mit steigendem Alter nimmt die Einschätzung zu, dass das Pensionssystem reformiert werden muss (22- bis 24-Jährige: 84 %, Ø 73 %).
- Vor allem **Jugendliche mit Maturaabschluss** sehen Reformbedarf (87 %, Ø 73 %).



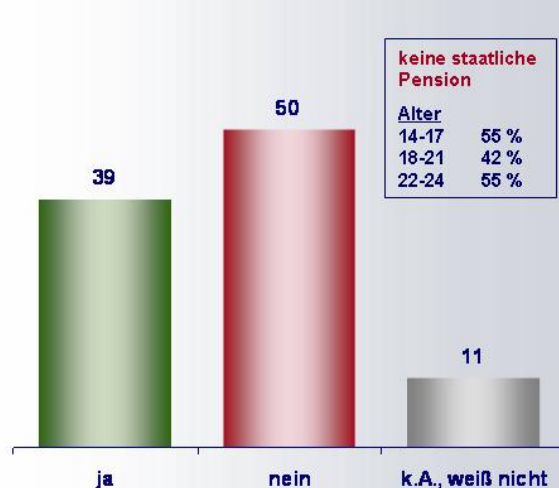
Die Hoffnung, einmal staatliche Pension zu beziehen, bzw. dass es überhaupt eine staatliche Pension gibt, wenn die Jugendlichen im Pensionsalter sind, ist ebenfalls gering (Jugendmonitor 2011, BMWFJ):

- **65 %** der Jugendlichen glauben nicht, dass ihre staatliche Pension einmal **ausreichen wird, um damit das eigene Leben zu finanzieren**.
- Die **Hälfte** der Jugendlichen meint sogar, dass es **gar keine staatliche Pension** mehr geben wird, wenn sie im entsprechenden Alter sind.

„Und erwarten Sie/erwartest du, dass eine Pension durch den Staat einmal ausreicht, damit Sie/du damit Ihr/dein Leben finanzieren können/kannst?“



„Und glauben Sie/glaubst du, dass es überhaupt eine staatliche Pension gibt, wenn Sie/du im entsprechenden Alter bist/sind?“



Quelle: Jugendmonitor, BMWFJ, Institut für Strategieanalysen, 800 Befragte, August 2011; Angaben in Prozent

Prof. Peter Zellmann

Institut für Freizeit- und Tourismusforschung (IFT) 2011

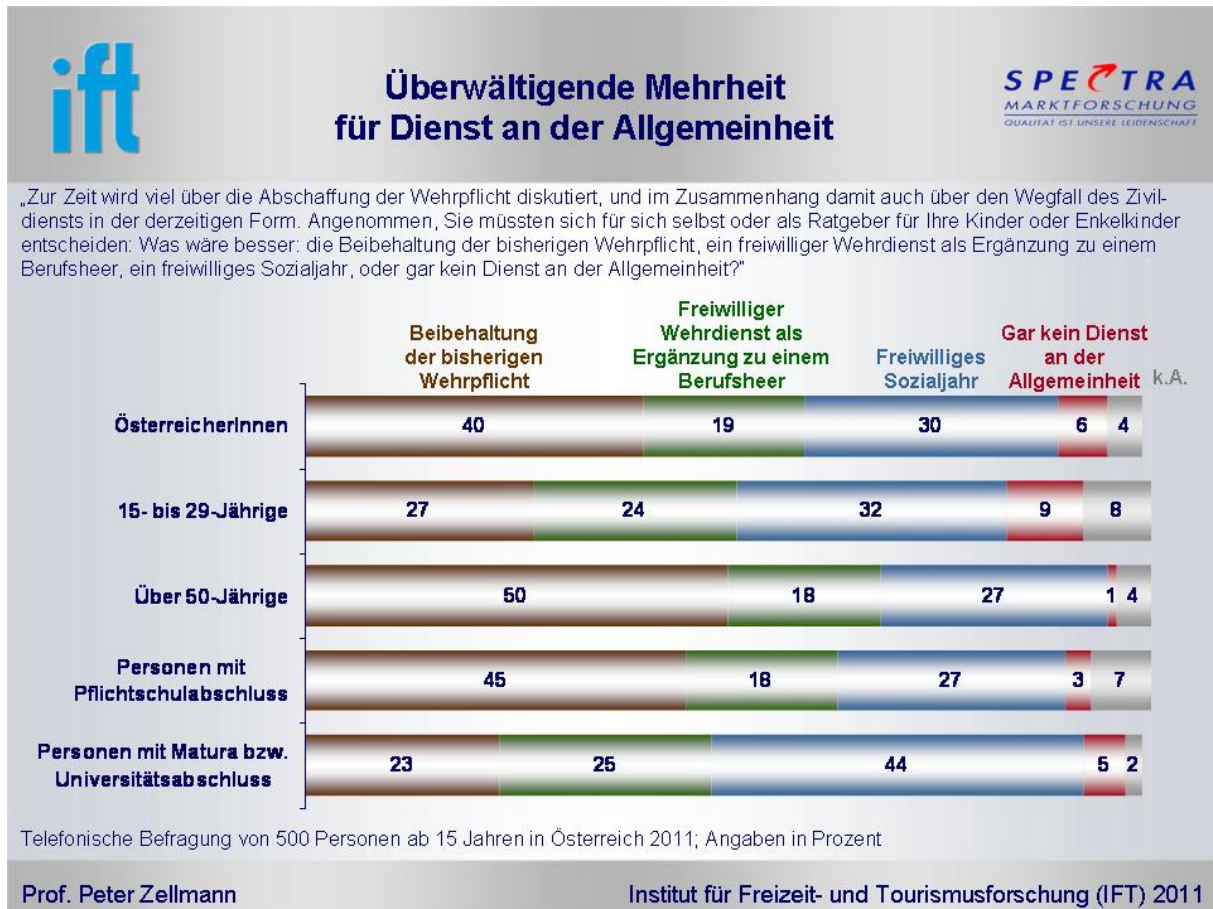
Es stellt sich die Frage, ob den jungen Menschen der Zusammenhang bewusst ist, dass sie zwar einerseits mit Zuversicht in die Zukunft sehen, aber dass sie andererseits keine großen Hoffnungen in das staatliche Pensionssystem setzen.

2. Wehrpflicht und Sozialjahr: Überwältigende Mehrheit für Dienst an der Allgemeinheit

Zurzeit wird viel über die Abschaffung der Wehrpflicht diskutiert, und in diesem Fall auch über den Wegfall des Zivildiensts in der derzeitigen Form. Überraschend an den Umfrageergebnissen zu dieser Diskussion ist, dass sich nur ein kleiner Teil der ÖsterreicherInnen für überhaupt keinen Dienst an der Allgemeinheit ausspricht:

- Nur **6 %** der ÖsterreicherInnen finden, dass es überhaupt **keinen Dienst an der Allgemeinheit** geben sollte.
- **40 %** der ÖsterreicherInnen sind für die **Beibehaltung der bisherigen Wehrpflicht**.
- **30 %** würden ein **freiwilliges Sozialjahr** bevorzugen.
- **19 %** sind für einen **freiwilligen Wehrdienst** als Ergänzung zu einem Berufsheer.
- Je höher die Bildung ist, desto größer ist die Zustimmung zu einem freiwilligen Sozialjahr: **44 % der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss** sind für ein **freiwilliges Sozialjahr** (Ø 30 %).

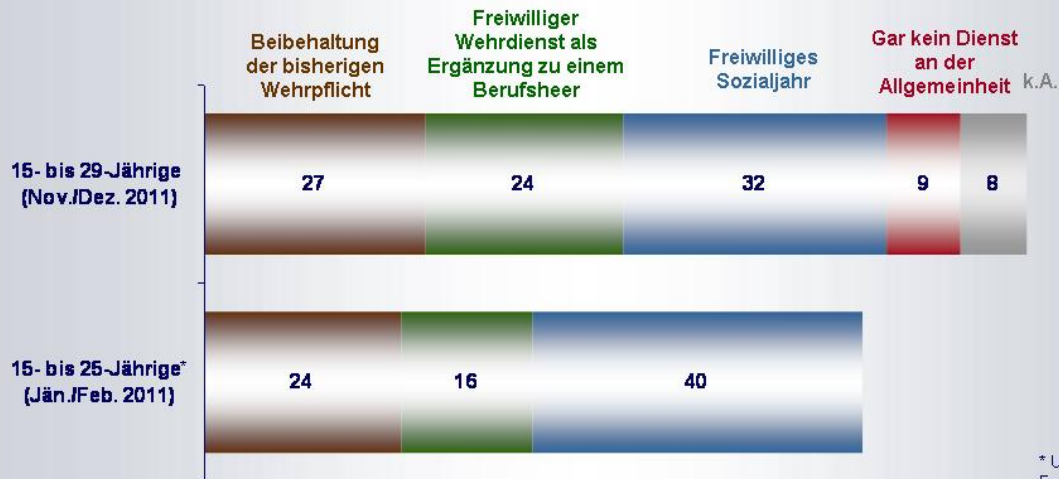
- Die **Über-50-Jährigen** sind eher für die Beibehaltung der **bisherigen Wehrpflicht (50 %, Ø 40 %)**.



Die Entwicklung der Diskussion über die Wehrpflicht zeigt im Laufe des Jahres 2011 graduelle, aber keine prinzipiellen Verschiebungen:

- Eine leichte Zunahme der Zustimmung für die Beibehaltung der bisherigen Wehrpflicht ist auszumachen.
- Dagegen hat die Zustimmung zu einem freiwilligen Wehrdienst zugenommen, und zu einem freiwilligen Sozialjahr abgenommen.

„Zur Zeit wird viel über die Abschaffung der Wehrpflicht diskutiert, und im Zusammenhang damit auch über den Wegfall des Zivildiensts in der derzeitigen Form. Angenommen, Sie müssten sich für sich selbst oder als Ratgeber für Ihre Kinder oder Enkelkinder entscheiden: Was wäre besser: die Beibehaltung der bisherigen Wehrpflicht, ein freiwilliger Wehrdienst als Ergänzung zu einem Berufswehr, ein freiwilliges Sozialjahr, oder gar kein Dienst an der Allgemeinheit?“



* Unterschiedliche Fragemodelle

Telefonische Befragung von 3.000 Personen (Jän./Feb.) bzw. 500 Personen (Nov./Dez.) ab 15 Jahren in Österreich 2011; Angaben in Prozent

Prof. Peter Zellmann

Institut für Freizeit- und Tourismusforschung (IFT) 2011

3. Eindeutige Zustimmung für Studiengebühren

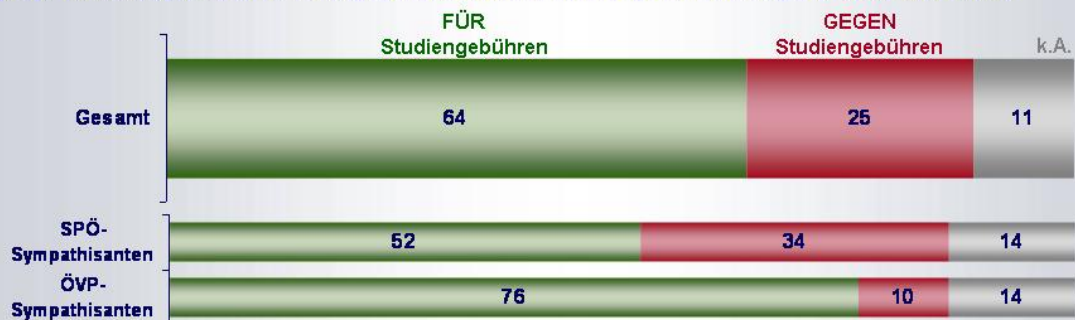
Die Zustimmung der Bevölkerung zur Wiedereinführung von Studiengebühren kann in unterschiedlichen Untersuchungen nachgewiesen werden (OGM 2011, Market 2011):

- **66 %** der ÖsterreicherInnen sind laut einer Market-Umfrage für die **Wiedereinführung von Studiengebühren**.
- **64 %** der ÖsterreicherInnen sind laut einer OGM-Umfrage für **Studiengebühren**.
- Auch bei **SPÖ-SympathisantInnen** ist die Zustimmung zur Wiedereinführung von Studiengebühren groß (**52 %**, OGM).

Von je 100 Befragten sind für oder gegen die Wiedereinführung von Studiengebühren (Market 2011):



Von je 100 Befragten sind für oder gegen die Wiedereinführung von Studiengebühren (OGM 2011):



Quellen: Market-Umfrage, 400 Befragte, Standard 29.9.2011;
OGM-Kurier-Umfrage, 806 Befragte, Kurier 20.9.2011; Angaben in Prozent

Prof. Peter Zellmann

Institut für Freizeit- und Tourismusforschung (IFT) 2011

Der Zeitvergleich zeigt, dass die Zustimmung zu Studiengebühren seit 2009 eindeutig zugenommen hat:

- Während **2009** schon **mehr als die Hälfte** der ÖsterreicherInnen für die Wiedereinführung von Studiengebühren waren, sind es **aktuell bereits 77 %**.

Im Detail gliedert sich die Zustimmung zu Studiengebühren (gesamt 77 %) folgendermaßen auf (2011):

- **48 %** der ÖsterreicherInnen sind für die Wiedereinführung von Studiengebühren, wenn eine **soziale Staffelung** gewährleistet wird.
- **29 %** sind **in jedem Fall für die Einführung** von Studiengebühren.

Von je 100 Befragten sind für oder gegen Studiengebühren (2011):



Von je 100 Befragten sind für oder gegen Studiengebühren (2009):



Telefonische Befragung von je 500 Personen ab 15 Jahren in Österreich 2009 (Spectra) und 2011; Angaben in Prozent

Prof. Peter Zellmann

Institut für Freizeit- und Tourismusforschung (IFT) 2011

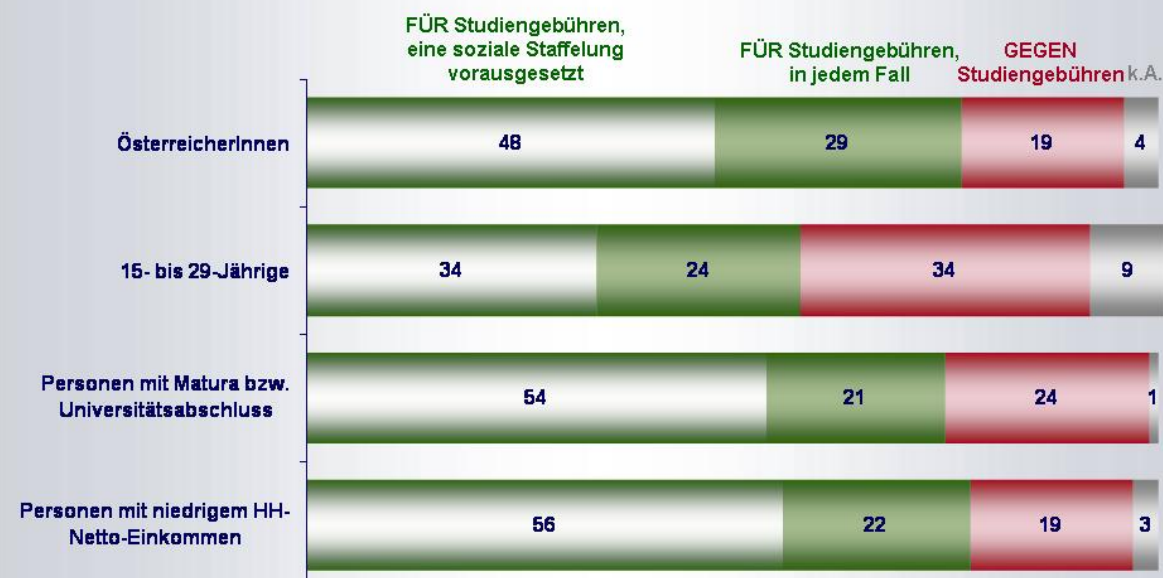
Auch die eigentlich **betroffene Altersgruppe**, die 15- bis 29-Jährigen, steht der Wiedereinführung von **Studiengebühren positiv** gegenüber:

- **58 %** der 15- bis 29-Jährigen sprechen sich **für die Wiedereinführung von Studiengebühren** aus (Ø 77 %), wobei 34 % für die Einführung von Studiengebühren sind, wenn eine soziale Staffelung gegeben ist (Ø 48 %) und 24 % in jedem Fall für die Wiedereinführung von Studiengebühren (Ø 29 %) sind.
- **34 %** der 15- bis 29-Jährigen sind **gegen die Wiedereinführung** von Studiengebühren (Ø 19 %).

Ebenso sind höher gebildete Personen und auch Personen mit niedrigem Haushaltsnetto-Einkommen von der Notwendigkeit der Wiedereinführung von Studiengebühren überzeugt:

- **75 %** der Personen mit **Matura oder Universitätsabschluss** sind **für** die Wiedereinführung von Studiengebühren (Ø 77 %).
- **78 %** der Personen **mit niedrigem Haushaltsnetto-Einkommen** plädieren **für** die Wiedereinführung von Studiengebühren (Ø 77 %).

Von je 100 Befragten sind für oder gegen Studiengebühren:



Telefonische Befragung von 500 Personen ab 15 Jahren in Österreich 2011; Angaben in Prozent

Prof. Peter Zellmann

Institut für Freizeit- und Tourismusforschung (IFT) 2011

ANHANG

Diese Analyse ist eine Folgestudie eines konkreten gesellschaftspolitischen Projekts: „Die neue, solidarische Mitte als politischer Auftrag“:

Seit Jahren erhebt unser Institut Daten zur Lebensstil- und Zukunftsforschung. Die Bedürfnislage der Menschen soll in den daraus abgeleiteten Analysen und Studien als Grundlage für Entscheidungen in Politik und Wirtschaft dienen. Im Buch "Die Zukunft der Arbeit" (Zellmann, 2010) haben wir eine Zusammenfassung in Hinblick auf den sich stark verändernden Arbeitsmarkt gegeben. Die "Politik" hat diesen Anregungen durch Einladungen zu Klausuren, Jahreshauptversammlungen und Symposien zwar indirekt Rechnung getragen. Konkret geschehen ist wenig, verändert hat sich kaum etwas. Jedenfalls läuft der Reformprozess nicht nur für die meisten Experten, sondern mittlerweile auch für eine Mehrheit der Bevölkerung zu langsam ab.

Der LHStv. von Niederösterreich, Dr. Sepp Leitner, hat uns nun einen interessanten, wie wir meinen innovativen, Vorschlag gemacht. Er möchte unsere Forschungsergebnisse in seine konkrete politische Arbeit aufnehmen. Wir liefern die wissenschaftlich erfassten Grundlagen; die Interpretation und Zukunftstauglichkeit der Maßnahmen werden von ihm laufend und nachweislich (!?) zu einem neuen politischen Weg verdichtet.

Nicht links / rechts, nicht Polarisierung und Blockade, sondern richtig und falsch sollen zur neuen Kultur der politischen Entscheidungsfindung führen. **Nicht Kompromiss, sondern Konsens** in Hinblick auf wichtige und richtige Erkenntnisse bringen Politik und Wirtschaft und damit die Gesellschaft weiter.

Aus Sicht der konstruktiv gestaltenden Sozialwissenschaft bedeutet **Konsens dabei zunächst die Ausschließung von Dingen, welche die Mehrheit der Experten und der Bevölkerung jedenfalls nicht wollen**. Was übrig bleibt, ist dann nicht unbedingt von vornherein Mehrheitsmeinung, der Lösungsansatz wird aber von den meisten nicht ausgeschlossen.

Die im Herbst 2011 gestartete Reihe von Analysen und daran anschließenden Pressegesprächen, soll alle Interessierten in den nächsten Monaten darüber auf dem Laufenden halten. Der Auftakt dieses Projekts erfolgte mit einer Pressekonferenz am 19.10.2011 und wurde am 12.12.2011 mit einer weiteren Pressekonferenz fortgesetzt.

TECHNISCHE DATEN DER BEFRAGUNG

Aufgabenstellung

Die dieser Studie zugrunde liegenden Daten beruhen auf Erhebungen von SPECTRA Marktforschung – Linz. Ziel der vorliegenden Studie war es, die Einstellung der Österreicher zur Wehrpflicht und zu Studiengebühren zu eruieren.

Stichprobe/Methodik

Die Erhebung richtete sich an n=500 Personen, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 15 Jahren. Die Zielpersonen wurden at random aus dem HEROLD-Telefonverzeichnis ausgewählt.

Timing

Die Feldarbeit fand von 29. November bis 5. Dezember 2011 statt.

Grundgesamtheit der Erhebung

Österreich: 7,11 Mio. Personen ab 15 Jahren.

Ergibt eine Addition der Prozentwerte mehr als 100, so bedeutet dies, dass zu den einzelnen Erhebungspunkten mehr als eine Angabe gemacht wurde.